

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
17 / 2008

Politischer Sonderbericht

Amerika nach den Wahlen 2008

6. November 2008

Ulf Gartzke
Leiter der Verbindungsstelle Washington



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: 089 1258-202 oder -204
Fax: 089 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Demokraten gewinnen die Kontrolle in Washington

Das Wahlergebnis im Überblick

- Nach aktuellem Auszählungsstand konnte Barack Obama am 4. November 364 der insgesamt 538 Wahlmännerstimmen im Electoral College auf sich vereinen, sein republikanischer Rivale John McCain lediglich 163 (die verbleibenden 11 Wahlmänner kommen aus dem „battleground state“ Missouri, in denen das amtliche Endergebnis noch nicht feststeht). Darüber hinaus gelang es „President-elect“ Barack Obama mit 63,5 Millionen Wählern erstmals seit der Wahl von George H.W. Bush 1988 die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen (52 Prozent der „popular vote“) zu erringen; John McCain kam demgegenüber auf 56,1 Millionen bzw. 46 Prozent der Wählerstimmen. Im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen 1992, 1996 und 2000 haben die Kandidaten kleiner Splitterparteien (Ralph Nader, Bob Barr etc.) aufgrund des klaren Votums für Obama diesmal keine (indirekt) wahlentscheidende Wirkung entfalten können. Die Wahlbeteiligung lag ersten Schätzungen zufolge bei rund 62,6 Prozent.
- Bei den gleichzeitig abgehaltenen Kongresswahlen konnten die Demokraten ihre aktuellen Mehrheiten in beiden Kammern – Senat und Repräsentantenhaus – ausbauen. Und auch wenn in einigen Bundesstaaten (Alaska, Georgia und Minnesota) die Senats-Endergebnisse noch nicht vorliegen bzw. Stichwahlen stattzufinden haben, steht bereits heute fest, dass die „Dems“ im Senat um mindestens sechs Sitze auf insgesamt 57 Senatoren zulegen konnten. Bislang hatten die Demokraten im US-Oberhaus dank der Unterstützung zweier „unabhängiger“ Senatoren (u.a. Joe Lieberman) eine hauchdünne 51-49 Mehrheit. Im US-Repräsentantenhaus (435 Abgeordnete) konnten die Demokraten bereits einen Zugewinn von 20 Sitzen verzeichnen und genießen nun eine komfortable 254 Stimmen Mehrheit. Die Republikaner kommen demgegenüber auf 173 Abgeordnete (inklusive vier Sitze, die sie selbst im schwierigen Wahljahr 2008 den jeweiligen demokratischen Amtsinhabern abzunehmen vermochten). In den verbleibenden acht ausstehenden Wahlkreisen sind die Rennen hingegen bislang „too close to call“. Glücklicherweise verloren bei den Kongresswahlen 2008 keine Demokraten oder Republikaner mit besonders engen Beziehungen zu Deutschland ihr Mandat. Einzig der nach 12 Jahren freiwillig aus dem Amt scheidende republikanische Senator, Bush-Kritiker und Deutschland-Freund Chuck Hagel aus Nebraska hinterlässt eine große Lücke auf dem Capitol Hill. Im Moment wird Chuck Hagel jedoch auch als möglicher Außen- oder Verteidigungsminister in der Obama-Administration gehandelt.

Ein Referendum über Barack Obama / Keine politische Neuausrichtung Amerikas

- Die US-Präsidentschaftswahlen 2008 waren in erster Linie ein Referendum über den Kandidaten Barack Obama. Es stellte sich die Frage: Kann einem jungen, inspirierenden Politiker, der noch vor gut vier Jahren als weithin unbekannter Landtagsabgeordneter in Illinois weilte, wirklich das mächtigste Amt Amerikas bzw. der Welt anvertraut werden? Die Wähler Amerikas haben diese entscheidende Frage nach einer 21-Monate dauernden und insgesamt rund eine Milliarde Dollar teuren Wahlkampfeschlacht („primaries“ + „general elections“) mit einem klaren „Ja“ beantwortet und damit einmal mehr den weltweit einzigartigen Charakter der amerikanischen Demokratie bewiesen – denn in wohl keinem anderen Land der Welt wäre solch ein phänomenaler Aufstieg denkbar gewesen. Bemerkenswert ist dabei der Umstand, dass es Obama im US-Wahlkampf trotz seines bisherigen Links-Außen-Abstimmungsverhaltens – 2007 wurde er vom „National Journal“ in einem Ranking mit 95,5 Punkten als „most liberal“ Senator eingestuft (Hillary Clinton kam in diesem Ranking mit 82,9 Punkten auf Platz 16) – gelang, als moderater, middle-of-the-road Demokrat aufzutreten. Barack Obama redete offen über seinen christlichen Glauben, lehnte die Homo-Ehe ab, unterstützte das verfassungsrechtlich verbriefte individuelle Recht auf Waffenbesitz, setzte sich für eine Verringerung der jährlichen Abtreibungen ein (ohne diese jedoch verbieten zu wollen), forderte mehr Transparenz und Sparsamkeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und versprach in seinem Wahlprogramm Steuersenkungen für 95 Prozent aller Amerikaner.

- Fazit: Mit solch konservativen Positionen ziehen in den USA normalerweise republikanische Politiker in den Wahlkampf. Doch Barack Obama weiß sehr wohl, dass Amerika politisch betrachtet weiterhin eine Mitte-Rechts Nation bleibt. Lediglich im demokratischen Vorwahlkampf gegen Hillary Clinton, Joe Biden etc. positionierte sich Obama dezidiert links und machte sich aufgrund seiner strikten Ablehnung des Irak-Kriegs und der Forderung nach einem schnellen, verbindlichen Rückzug aus dem Zwei-Strom-Land zum Liebling der linken Parteibasis (seither hat Obama seine harte Haltung in dieser Frage jedoch deutlich gelockert). Die Tatsache, dass sich Wähler in Kalifornien, Florida und Arizona per Referendum mehrheitlich für das Verbot von Homo-Ehen ausgesprochen haben, ist ein weiterer Beleg dafür, dass sich das politisch-moralische Koordinatensystem Amerikas seit dem 4. November nicht plötzlich nach links verschoben hat – Kalifornien und Florida haben im gleichen Wahlgang mehrheitlich für Obama als Präsidenten gestimmt! Vor allem Hispanics sowie christlich orientierte schwarze Bürger, beides Haupt-Wählergruppen von Obama, waren klar gegen die Legalisierung der Homo-Ehe. Allein in Kalifornien wendeten Befürworter und Gegner der „Proposition 8“ („gay marriage ban amendment“) rund 70 Millionen Dollar für ihre Kampagnen zu diesem politisch-moralisch hochexplosiven Thema auf.

Die neuen Machtverhältnisse in Washington: Theorie und Praxis

- Ab dem 20. Januar 2009 kontrollieren die Demokraten zum ersten Mal seit 1994 sowohl das Weiße Haus als auch beide Kammern im US-Kongress. Das eröffnet Barack Obama und seinen Parteikollegen auf dem Capitol Hill die theoretische Möglichkeit, wichtige Elemente ihrer innenpolitischen Agenda im Schnellverfahren Gesetz werden zu lassen. Doch wenn die Demokraten umsichtig agieren, werden sie mit der neuen politischen Machtfülle zurückhaltend und verantwortungsvoll umgehen. Bislang deutet alles darauf hin, dass sich Obama Zeit lassen möchte und, im Gegensatz zu zahlreichen demokratischen Mitgliedern des US-Repräsentantenhauses, keinen radikalen Kurswechsel nach links beabsichtigt. Bereits während seiner Siegesrede am Wahlabend in Chicago vor 120.000 Anhängern versuchte Barack Obama, die enormen Erwartungen an seine Präsidentschaft (symbolisiert durch die Wahlkampflogos von „Change“ und „Hope“) auf ein realistisches Maß zurückzuschrauben. Es zeugt von Obamas politischem Talent, dass er bereits in der Stunden seines historisch einmaligen Wahlerfolges an die Präsidentschaftswahlen 2012 dachte und durchblicken ließ, dass wohl mehr als eine Amtszeit nötig sein werde, um das Land mit „Wandel“ und „Hoffnung“ zu erfüllen. Darüber hinaus wird auch die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise bzw. das rapide ansteigende US-Haushaltsdefizit den innen- und außenpolitischen Ambitionen des Barack Obama enge Grenzen setzen. Der bekannte US-Politikberater Dick Morris beschrieb das Dilemma der Demokraten am Tag nach der Wahl wie folgt: *„So Obama will take office with unlimited political power but highly circumscribed practical power. He can pass whatever legislation he wants, but will be unable to indulge his ideology. The irony will be bitter for the Democrats. Finally able to rise above the political limits they have faced, they will encounter new limitations in the fundamental problems of the economy.“*
- Erfolg oder Misserfolg der Präsidentschaft Obamas wird also in entscheidendem Maße auch von seiner Zusammenarbeit mit dem US-Kongress bestimmt werden. Denn droht doch die Gefahr, dass die Demokraten ihre nach 14 Jahren zurückeroberte politische Dominanz für eine scharfe, ideologisch motivierte Kehrtwende auf wichtigen Politikfeldern zu nutzen versuchen, was gerade in der Wirtschafts-, Steuer- oder Sozialpolitik zu riskanten Verwerfungen führen würde. Dies ist auch der Grund, weshalb Barack Obama die bisherige Nr. 5 der Demokraten im Repräsentantenhaus, Congressman Rahm Emmanuel, zu seinem neuen Stabschef ernannte. In dieser Schlüsselposition wird sich Emmanuel dem Präsidenten zukünftig dafür verantwortlich zeichnen, tragfähige Kompromisse mit dem weiter links-orientierten, mächtigen House Leadership (Madame Speaker Nancy Pelosi & Co.) und den Ausschussvorsitzenden bzw. den fiskal-konservativen „Blue Dog Democrats“ auszuhandeln. Howard Paster, früherer Chef-Lobbyist von Präsident Bill Clinton im

Kongress, brachte die Situation wie folgt auf den Punkt: „*One of the biggest risks facing Obama is in seeking to accomplish too much, too quickly.*“ Sollten also die Demokraten im Kongress aus politischem Übermut heraus bestrebt sein, eigenständig eine ideologisierte, linke Politik zu verfolgen, könnte es ihnen bei den „mid-term elections“ 2010 ähnlich ergehen wie den Demokraten 1994: damals verloren die Demokraten bereits zwei Jahre nach der Wahl von Bill Clinton zum US-Präsidenten ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus („Gingrich Revolution“) – zum ersten Mal seit 1954! Auch im Senat gewannen die Republikaner 1994 wieder die Oberhand.

- Für die Republikaner reduziert sich nach den jüngsten Wahlen die politischen Gestaltungs- bzw. Blockademöglichkeiten ausschließlich auf den Senat. Mit Hilfe von Rede-Marathons („filibuster“) werden die Republikaner hier in Zukunft alles daran setzen, zumindest die politisch umstrittensten Gesetzesvorhaben der Demokraten zu stoppen. Hierfür benötigen die Republikaner mindestens 41 Stimmen, während die Demokraten mindestens 60 der 100 Senatoren auf ihrer Seite haben müssen, um einen Rede-Marathon beenden und die Abstimmung herbeiführen zu können. Wenngleich die Demokraten keine 60 Sitze-Mehrheit im Senat („filibuster-proof majority“) errungen haben, so besteht jedoch selbst bei einer 57-43 Sitze Mehrheit die Gefahr, dass bei Abstimmungen zu besonders kontroversen Themen moderate Republikaner aus dem Nordosten der USA auf die Linie der Demokraten umschwenken und damit die republikanische Filibuster-Strategie neutralisieren. In diesem Zusammenhang darf man nicht vergessen, dass es im Senat heutzutage nahezu keine wirklich moderaten Demokraten mehr gibt, die im Gegenzug bei einem Filibuster mit den Republikanern stimmen könnten. Einzige Ausnahme: Senator Ben Nelson aus Nebraska.
- Was den mächtigen US Supreme Court anlangt, so wird Obamas Wahlsieg zumindest dafür sorgen, dass sich die politisch-weltanschauliche Orientierung des Gerichts in den kommenden vier Jahren nicht weiter nach rechts verschiebt. Präsident George W. Bush war es während seiner beiden Wahlperioden gelungen, zwei dezidiert konservative Richter zum 9-Personen umfassenden Obersten Gerichtshof Amerikas zu berufen (Chief Justice John Roberts sowie Samuel Alito). Derzeit gibt es im Supreme Court vier konservative und vier links-liberale Richter, so dass der neunte Richter häufig das Zünglein an der Waage ist. Beobachter erwarten, dass Barack Obama während seiner Amtsperiode 2009-2013 voraussichtlich zwei neue Richter auf Lebenszeit für den Supreme Court nominieren kann. Dennoch können die Republikaner aufatmen: die zwei wahrscheinlichsten Kandidaten für einen vorzeitigen Rückzug aus dem Gericht gehören beide dem links-liberalen Flügel an (darunter auch die Links-Außen Richterin Ruth Bader Ginsburg), weshalb die grundsätzliche Machtbalance im Supreme Court wohl unverändert bleiben dürfte. Sollte Barack Obama jedoch drei Supreme Court Richter nominieren können, hätten die Demokraten damit einen extrem wichtigen, wahrscheinlich weit über die Amtszeit Barack Obamas hinausreichenden politisch-strategischen Erfolg errungen.

+++